

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 46 (1999)
Heft: 3

Rubrik: ZS-Partner = Partenaires PCi

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rotkreuzdienst erstmals von Frau geleitet

 Der Rotkreuzdienst der Armee (RKD) wird erstmals seit seiner Entstehung vor 100 Jahren von einer Frau geleitet.

Die bisherige Dienstchefin Rotkreuzdienst Beatrice Magnin-Riedi ist vom Bundesrat auf den 1. Januar 1999 zur Chefin Rotkreuzdienst ernannt und gleichzeitig zum Oberst RKD befördert worden.

FOTO: ZVG



Oberst Beatrice Magnin-Riedi, seit über 30 Jahren im RKD.

Die Chefin RKD ist für die Ausbildung der Rotkreuzdienst-Angehörigen verantwortlich, die das Schweizerische Rote Kreuz im Auftrag des Bundes für die Armee rekrutiert. Sie hat den RKD seit dem gesundheitsbedingten vorzeitigen Rücktritt des Rotkreuzchefarztes vor zwei Jahren bereits interimistisch geleitet. Mit ihrer Ernennung wird die Dienststelle Rotkreuzchefarzt in Dienststelle Rotkreuzdienst umbenannt. Beatrice Magnin gehört dem RKD seit 1968 an. Im Jahr 1987 wurde sie zum Major RKD und 1989 zum Oberst RKD befördert.

Der Rotkreuzdienst der Armee

Der RKD setzt sich aus Frauen vor allem aus Gesundheitsberufen zusammen, die bereit sind, im Notfall in den 18 Basis-spitälern der Armee Dienst zu leisten. Ihre Rekrutierung erfolgt auf freiwilliger Basis. In den Basisspitälern werden die RKD-Angehörigen in der Pflege und Intensivpflege, in der Anästhesie, im Operationssaal, im Labor, in der Röntgenabteilung und in der Apotheke eingesetzt. In ihren Wiederholungskursen bilden sie auch Spitalsoldaten aus. Zurzeit sind im RKD 1400 Frauen eingeteilt. Die Frauen vom RKD helfen in einem Katastrophen- oder Kriegsfall Leben retten. Sie lindern das Leid und die Not von verletzten und kranken Zivilisten und Militärpersönlichen. Deshalb werden sie vorwiegend in den Basisspitälern der Armee eingesetzt, die sich vermehrt auch für Naturkatastrophen und technische Katastrophen wappnen. □

Armee ist auf RKD-Frauen angewiesen

 Der gute Betrieb der Militärspitäler hängt wesentlich von den Frauen des Rotkreuzdienstes (RKD) ab.

Oberst RKD Béatrice Magnin-Riedi, seit dem 1. Januar 1999 Chefin des Rotkreuzdienstes, dankte den 100 weiblichen Offizieren am Jahresrapport des Dienstes vom Mittwoch, 20. Januar, in Bern, für dieses Engagement. Das erste Mal in seiner hundertjährigen Geschichte wird der Rotkreuzdienst von einer Frau geführt. Seit dem 1. Januar dieses Jahres erfüllt diese Funktion Oberst Béatrice Magnin-Riedi. Am Jahresrapport des RKD vom Mittwoch, 20. Januar, in Bern, dankte die neue Chefin ihren Unterstellten für das im vergangenen Jahr erbrachte Engagement. Ein besonderer Dank ging an jene Frauen, die im Rahmen des Armeeinsatzes in der Betreuung von Asylsuchenden ihre Dienstleistungen erbracht haben. Oberst Magnin-Riedi rief ihre Offiziere auf, die Chefin für Information und Werbung, Major RKD Heidi Keller, tatkräftig bei der Suche nach Nachwuchs zu unterstützen. Die RKD-Offiziere wohnten den Ausführungen des

Oberfeldarztes, Divisionär Peter Eichenberger, über mögliche zukünftige Einsätze der RKD-Angehörigen bei. Er ist froh, dass er auch weiterhin mit der Unterstützung von Fachfrauen rechnen kann. Oberst Stefan Wyler aus der Untergruppe Sanität präsentierte ein Modell über den Werdegang zukünftiger Militärärzte. Worte der Aufmunterung kamen von der Berner FDP-Grossräatin Barbara Hayoz-Wolf.

Als Fachspezialist in Halifax

Mehrere Referate wurden durch Frauen aus dem Rotkreuzdienst bestritten. So wurden die Vorträge von Hauptmann RKD Cornelia Manser, die als Vertreterin der Schweiz am militärmedizinischen Kongress in Athen teilnehmen konnte, von der Hundeführerin Hauptmann RKD Sonja Hildebrand und Hauptmann RKD Ursula Honegger über die Armeetage in Frauenfeld mit Interesse verfolgt. Das Abschlussreferat hielt Major Christoph Markwalder, Chef des Pathologiedienstes der Armee und Pathologe am Kantonsspital St.Gallen. Er war als einziger Schweizer Fachspezialist an der Opferidentifikation nach dem Flugzeugunglück in Halifax beteiligt. Seine Erfahrungen fanden grosse Beachtung unter den weiblichen Offizieren.

Major RKD Heidi Keller

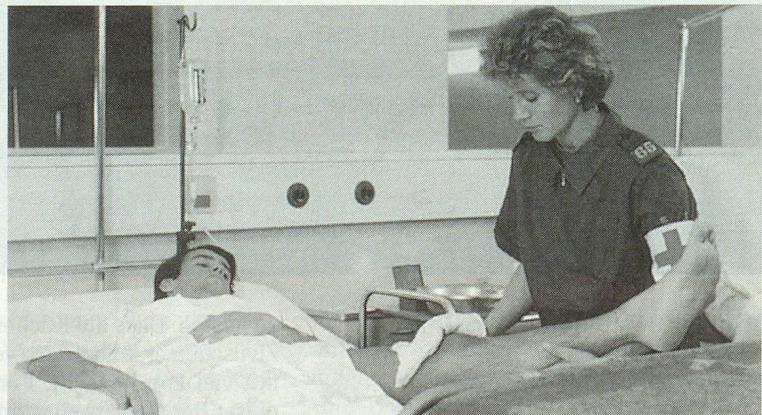


FOTO: ZVG

In den Militärspitäler sind die Frauen vom RKD unverzichtbare Helferinnen.

CH-Sanitätstage in Wangen an der Aare

 rei. Der Schweizerische Samariterbund (SBB) legt starkes Gewicht auf die Aus- und Weiterbildung. Am 29. und 30. Mai beteiligen sich Samariterinnen und Samariter an den Schweizerischen Sanitätstagen in Wangen an der Aare. Weil dieses Jahr keine Samariterwettkämpfe stattfinden, kommt den Schweizerischen Sanitätstagen erhöhte Bedeutung zu. Vom 17. bis 21. Mai und vom 11. bis 15. Oktober führt der SSB je einen Transport-

helferkurs durch. Dieser Kurs richtet sich nicht nur an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Spitälern, Notfall- und Rettungsdiensten, vielmehr können auch freiwillige und nebenberufliche Helfer im Rettungswesen oder beispielsweise Sanitäter von Stützpunktfeuerwehren und grossen Feuerwehrkorps profitieren. Anfragen und Anmeldungen sind zu richten an: Schweizerischer Samariterbund, Denise Lehmann, Postfach, 4601 Olten, Telefon 062 286 02 33. □

Versorgungssicherheit: Schweiz steht gut da

 Die meisten Industrieländer bereiten sich auf Krisen vor und treffen Massnahmen zur Versorgungssicherheit im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Landesversorgung. Je nach politischer und wirtschaftlicher Struktur und geografischer Lage bestehen verschiedene Konzepte und Organisationsformen. Ein internationaler Vergleich zeigt, dass das schweizerische System der Vorsorge zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Landesversorgung in Krisenzeiten zu den unkompliziertesten und kostengünstigsten gehört. Es ist zudem das einzige System, das von der Wirtschaft mitgetragen wird.

Zu den «Schlüsselpositionen» gehört die Versorgung mit Erdöl. Die internationale Energie-Agentur (IEA), der auch die Schweiz angehört, verpflichtet ihre Mitgliedstaaten, einen minimalen Erdölvorrat zu halten. Die Lagermengen der einzelnen IEA-Länder an Erdöl variieren zwischen 78 Tagen – was unter dem vorgeschriebenen Minimum von 90 Tagen liegt – und



FOTO: REINMANN

Eine ausreichende Vorratshaltung sichert Produktions- und Transportkapazitäten.

190 Tagen des Nettoimports. Während sich mit Ausnahme Deutschlands die Nachbarn der Schweiz zum Teil nicht einmal mit dem obligatorischen Minimum begnügen, liegen die Lagermengen vor allem in den skandinavischen Ländern, in Holland und den USA deutlich höher.

Die Niederlande halten für 132 Tage Rohöl an Lager, während es die Schweden auf 136 Tage und die Finnen auf 180 Tage bringen. Ungefähr gleich hohe Lagerbestände wie Finnland hält derzeit die Schweiz. *Info-Bulletin Wirtschaftliche Landesversorgung, Dezember 1998*

Mutationen beim CH-Sekretariat KSD

 red. Unter dem Motto «Alle unter einem Dach» haben das Sekretariat KSD sowie die gesamte Untergruppe Sanität im Dezember 1998 in Ittigen, wo auch die Armeeapotheke untergebracht ist, ihren neuen Standort bezogen.

Auch personell hat sich einiges getan. Laut Mitteilung des Sekretariates KSD Schweiz ist dieses seit dem 1. März 1999 personell wieder komplett. Nachdem Hans-Peter Steiner nach rund zehnjähriger Tätigkeit als Stellvertreter des Chefs Sekretariat KSD per 1. Juli 1998 zum neuen Chef Koordination Untergruppe Sanität gewählt wurde, musste eine neue Lösung gesucht werden. Steiners bisherige Funktion wird seit dem 1. Oktober 1998 von Esther Bärtschi, zuvor Sachbearbeiterin Koordinierter Sanitätsdienst, wahrgenommen. Sie wird jedoch auch in Zukunft als verantwortliche Redaktorin für die Informationszeitschrift KSD tätig sein. Die Nachfolge von Esther Bärtschi trat auf den 1. März 1999 Stefan Trachsel an. Zuvor war er Sachbearbeiter in der Sektion Offizierswesen der Untergruppe Personelles der

Armee. Trachsel ist ausgebildeter Drogist, verfügt über mehrjährige Erfahrung in der Privatwirtschaft und hat im vergangenen Herbst die berufsbegleitende Weiterbildung HBL (Höherer Lehrgang für das Bundespersonal) abgeschlossen. Militärisch bekleidet er den Rang eines Hauptmanns und ist Kommandant der Spitalstabskompanie 70. □

Im Kanton Luzern wurde vor geraumer Zeit das «Sicherheitsmarketing» eingeführt. Dazu gehört, dass die uniformierten Beamten Präsenz zeigen. Stocker: «Wir wollen möglichst viele Leute an der Front haben.» Die Polizeibeamten werden auch laufend daraufhin geschult, sich mit Sicherheitsfragen auseinanderzusetzen und diese gemeinsam mit Behörden, Institutionen und der Bevölkerung zu thematisieren. «Sicherheitsmarketing ist ein Prozess, in den wir alle hineinwachsen müssen», sagte Stocker. □

Sicherheitsmarketing im Kanton Luzern

 rei. Die objektive Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sei wohl grösser als das subjektive Sicherheitsempfinden, sagte kürzlich Oberstlt Jörg Stocker, Kommandant der Kantonspolizei Luzern. Dazu stellte er allerdings klar, dass Sicherheit nicht an die Polizei delegiert werden kann. Stocker: «Trägerin des Sicherheitsnetzes ist die Gesellschaft und damit in irgend einer Form jeder einzelne. Diese Interpretation ist einleuchtend, wenn man weiss, dass in der Schweiz im Durchschnitt ein ausgebildeter Polizeibeamter auf etwas über 2000 Einwohner kommt.



FOTO: E. REINMANN

Oberstlt Stocker: «Die Gesellschaft ist Trägerin unseres Sicherheitsnetzes.»

Rettungssanitäter: anerkannter Beruf

 pd. Endlich wird Rettungssanitäter ein anerkannter Gesundheitsberuf. Die Abteilung für Berufsbildung des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) hat die Ausbildung der Rettungsprofis neu konzipiert. Sie dauert nun drei Jahre.

Professioneller Retter oder professionelle Retterin: Für manche jungen Leute ist dies ein attraktives Berufsziel. Wer Rettungssanitäter werden will, muss mindestens 18 Jahre alt sein und über eine diesem Alter entsprechende Ausbildung verfügen. Das heisst, dass in der Regel mehr als neun Schuljahre und die Kenntnis mindestens einer Fremdsprache erforderlich sind. Für weitere Auskünfte: Schweizerisches Rotes Kreuz, Information Berufsbildung, Postfach, 3084 Wabern, Telefon 031 960 75 75. □

Übermittlungssysteme für Mobilmachung

 Erstmals seit 1992 hat die Abteilung Mobilmachung im Generalstab im Dezember 1998 unter dem Decknamen «Edison» eine Funktionskontrolle der Übermittlungssysteme für die Verbreitung von Mobilmachungsbeschlüssen durchgeführt. Nach Ansicht der Verantwortlichen wurden dabei keine wesentlichen Schwachstellen gefunden.

Die Verbreitung von Mobilmachungsbeschlüssen des Bundesrates kann über ver-

schiedene Verfahren und Systeme erfolgen. Grundsätzlich wird dabei zwischen stillen und öffentlichen Aufgebotsverfahren unterschieden. Die öffentliche Auslösung erfolgt über Plakate in den Gemeinden, auf Bahnhöfen und Stationen mit Unterstützung durch Radio, Fernsehen, Teletext und andere Medien.

Das Ziel der Übung «Edison» war es, die Erreichbarkeit aller für den öffentlichen Plakatanschlag und die mit koordinierenden Aufgaben betrauten Stellen in den Kantonen und bei den Polizeikommandos zu überprüfen. Dabei kamen teilweise neue Auslösesysteme zum Einsatz, welche aufgrund des Wegfalls des Telegrafen-dienstes der ehemaligen PTT eingeführt werden mussten. Alle Empfänger von Mobilmachungsbeschlüssen erhielten eine spezielle Übungsmeldung. In die Übung involviert waren kantonale Militärdirektionen, Gemeinden, Bahnhöfe und Stationen der SBB-Kreisdirektion 2, kantonale Polizeikommandos sowie die Polizeikommandos der Städte Bern und Zürich. Die Übungsleitung lag bei der Abteilung Mobilmachung in der Untergruppe Operationen des Generalstabes.

VBS-Abteilung Information

Die FDP bekennt Farbe

Ziel: Politik der Sicherheitsvorsorge

 Die Sicherheitspolitik befindet sich im Umbau. Wenige Jahre nach der Konzeption der Armee 95 steht eine nächste Reform, diejenige zur Armee XXI, bevor. Die FDP unterstützt diese Reformvorhaben, wenn sie den Anforderungen einer Politik vor-ausschauender, ganzheitlich angelegter und multilateral vernetzter Sicherheitsvorsorge genügen.

Bundesrat Adolf Ogi hat die Forderung nach der Bewaffnung zum Selbstschutz von Schweizer Truppen im Auslandseinsatz von der FDP übernommen. Das ist ein äusserlich sichtbares Zeichen einer Reformbereitschaft in der Sicherheitspolitik, wie sie zehn Jahre nach dem Ende des kalten Krieges herrscht. Die Beendigung eines unwürdigen Zustandes – nämlich dass Schweizer Gelbmützen durch ausländische geschützt werden müssen – ist durch eine möglichst rasche Revision des Militärgesetzes herbeizuführen. Zuver-sicht bezüglich der Mehrheitsfähigkeit einer solchen Neuerung ist angebracht, einer allfällig entstehenden Opposition

kann bei einer vernünftigen Ausgestaltung der Vorlage ohne Furcht entgegengetreten werden. Die Schweiz steht heute aussen-politisch nicht mehr im Sog von EWR- und Blauhelm-Nein.

Erweiterter Zielkatalog

Die Ziele einer künftigen Schweizerischen Sicherheitspolitik werden sich nicht mehr auf die klassischen «Kriegsverhinderung und Verteidigung», «Existenzsicherung» und «Friedensförderung» beschränken. Vielmehr sind sie zu erweitern durch die Zielsetzung eines Krisen- und Konflikt-managements, der Prävention (i. S. der Krisenverhinderung) und des Ordnungsauftrags. Diese erweiterten Zielsetzungen gehen in die Richtung, die auch die FDP-Vision 1999–2007 fordert:

- Neuausrichtung der Sicherheitspolitik.
- Zeitgemässe Auslegung der Neutralität.
- Anpassung und Eingliederung der Armee an/in NATO/UNO-Verbund.
- Aktive Mitwirkung bei der Bewältigung grenzüberschreitender Herausforderungen.

Es wird auch klar, dass die Berührungs-punkte der Sicherheitspolitik weit über das klassische Armeemodell hinausgehen. Die enge Verknüpfung mit der Aussen-politik ist offensichtlich, jene mit der Migrationspolitik liegt auf der Hand, auch aussenwirtschaftlich (Entwicklungszusam-menarbeit, «good governance») besteht Koordinationsbedarf. Hier ist der Gesamt-bundesrat gefordert, eine ganzheitliche Politik der Aussenbeziehungen unter Sicherheitsaspekten im 21. Jahrhundert zu entwickeln.

Freisinnige Modernisierungspolitik gefordert

Die Gelegenheit für eine Neuformulierung der Schweizerischen Sicherheitspolitik ist jetzt gegeben. Die Grundlagen sind da: Erfahrungen aus der Umsetzung des Konzepts Armee 95, der Bericht der breit abgestützten Kommission Brunner, die Vorbereitungen für den nächsten sicherheitspolitischen Bericht laufen auf Hoch-touren. Ganz im Sinne des Mottos «Sicherheit durch Kooperation» muss die FDP den wichtigsten Veränderungen der internatio-nalen sicherheitspolitischen Lage Rech-nung tragen und auch in dieser nächsten Reform eine bestimmende Rolle spielen. Es gibt auch in diesem Bereich gut organisierte bewahrende Kräfte. Mit diesen im Dialog und mit pragmatischen Schritten vorwärts hat heute aber eine glaubwürdige Umgestaltung sehr gute Chancen, ohne Schiffbruch vorwärts zu kommen.

Guido Schommer, FDP-Pressechef, Bern

BERICO AG ■ SÜDSTR. 22
8172 NIEDERGLATT
TEL. 01 851 52 52



Schutzraumeinrichtungen Fabrikation & Verkauf

«Ihr Partner für alle Fragen
rund um Zivilschutzeinrichtungen»

■ TORE ■ FERTIGTEILE ■ METALLBAU ■ SCHUTZRAUMTECHNIK

Gelbmützen in Bosnien Rückzug aus Tadschikistan

GEnde Oktober 1998 hat der Bundesrat entschieden, dass die Schweiz auch im Jahr 1999 die OSZE bei ihrer Mission in Bosnien-Herzegowina logistisch unterstützt. Die Swiss Headquarters Support Unit, wie die Gelbmützen offiziell heißen, ist ein unbewaffneter Verband Freiwilliger, welcher hauptsächlich Transport-, Reparatur-, Post- und medizinische Dienstleistungen erbringt. Die Gelbmützen werden neu 55 Personen umfassen und von Sarajevo, Tuzla, Bihać, Mostar und Banja Luka aus

operieren. Die Rekrutierung für das Kontingent I/99 ist am 30. Oktober 1998 abgeschlossen worden.

Wegen der äusserst instabilen Sicherheitslage hat die Schweiz beschlossen, per Ende Oktober 1998 sämtliche Militärbeobachter und Ärzte in Diensten der UNO aus dem zentralasiatischen Tadschikistan abzuziehen. Die gerüchteweise erhobenen Vorwürfe disziplinarischer Natur haben sich nach ausgiebiger interner Befragung als haltlos erwiesen.

Swiss Peace Keeper 4/98

Aktion Aktivdienst: Expo boykottieren

Gred. Starke Worte der «Aktion Aktivdienst», die sich für die Beibehaltung einer starken Armee einsetzt und die Verteidigung der Würde und Ehre der heute zu Unrecht viel geschmähten Aktivdienst-Generation auf ihr Banner geschrieben hat. In ihrem Flugblatt vom Dezember 1998 nimmt die «Aktion Aktivdienst» kurz und bündig Stellung zur Expo 2001 und

zur marginalen Rolle, welche die Armee an dieser Megaschau spielen soll.

Der Text des Flugblattes im Wortlaut: «Narren-Armee an Narren-Expo? Es ist einfach unglaublich, mit welcher Schnodderigkeit die Expo-Leitung mit der Armee umgeht. Und Bern lässt sich alles gefallen. Weder Politiker noch Militärs hauen auf den Tisch.

Die Lösung: Expo boykottieren.» □



Die Angehörigen der «Aktion Aktivdienst» haben ihre eigenen Erfahrungen aus den sorgenvollen Jahren von 1939 bis 1945 und setzen sich nach wie vor für eine starke Armee und eine wehrhafte Schweiz ein.

FOTO: E. REINMANN

11^e Conférence mondiale de la PCi à Beijing, Chine, du 26 au 28 octobre 1998 / communiqué de presse de l'OIPC

Plan d'action mondial pour le développement de la protection civile

PLa 11^e Conférence mondiale de la protection civile a eu lieu à Beijing du 26 au 28 octobre 1998, à l'initiative de l'Organisation Internationale de Protection Civile (OIPC) et à l'invitation du Gouvernement de la République populaire de Chine.

Cette conférence, présidée par S. E. M. Duoji Cairang, ministre des affaires civiles de la République populaire de Chine, a réuni 200 délégués représentant 80 Etats et organisations internationales, gouvernementales et non gouvernementales.

Les objectifs de la conférence étaient d'une part, de définir les grandes orientations qui doivent guider la protection civile en général et, d'autre part, de proposer les axes stratégiques à mettre en œuvre en vue de lui permettre de remplir sa mission.

A cet effet, trois sessions ont eu lieu portant sur le développement des structures nationales de protection civile, la coopération internationale ainsi que la doctrine et le droit. A l'issue des débats a été adoptée la Déclaration de Beijing «Protection et assistance pour tous face aux catastrophes au 21^e siècle – Plan d'action mondial pour le développement de la protection civile» qui met l'accent sur l'importance de la prévention face aux catastrophes, souligne la nécessité de développer la coopération internationale en matière de gestion des situations d'urgence et propose aux Etats de se référer au plan de développement des structures de protection civile élaboré lors de la conférence.

Ce plan comprend une doctrine de base relative aux structures nationales de protection civile, un modèle de convention-cadre d'assistance mutuelle en matière de protection civile, un appel à l'harmonisation des procédures en matière de situations d'urgence, des principes fondamentaux de la protection civile fondés sur des valeurs universellement reconnues et acceptées, ainsi qu'un plan de promotion et de diffusion du droit international humanitaire relatif à la protection civile.

Enfin la Déclaration de Beijing souligne le rôle de l'OIPC en tant que «policy maker» en matière de protection des populations face aux catastrophes naturelles et dues à l'homme. □